

## Ethnonationalismus und Ausgrenzung

Bis 1998 war eine Integration der Immigranten grundsätzlich nicht gewollt. Es hieß, Deutschland sei kein Einwanderungsland. Man ging von einer fiktiven Vorstellung eines homogenen Nationalstaates aus, die auf einer konstruierten homogenen ethnischen Zugehörigkeit basierte, um im Namen eines Ethnonationalismus die Aufnahme von fremdethnischen Menschen auszuschließen. Diese Grundhaltung durchdrang alle Bereiche von Staat und Gesellschaft und fand ihren Ausdruck in der Gesetzgebung, in der Politik und in der Diskriminierung in ihrer Bandbreite vom Fremdenhass bis zum Rassismus. Die Gesetzgebung hatte einen Abwehrcharakter. Sie bezweckte den Schutz des deutschen Gemeinwesens und erwog in keiner Weise dem Phänomen der Migration Rechnung zu tragen. Ein Phänomen, das seit der industriellen Revolution zu einer Konstante in der Gesellschaftsentwicklung Europas geworden ist.

Als Anfang der 60er Jahre die westdeutsche Wirtschaft nach Arbeitskräften verlangte, unterstrich sie den vorübergehenden Charakter der Anwerbung der Gastarbeiter. Darauf hin entstand eine **Rotationspolitik** und der Staat sorgte für die jährliche Auswechslung der ausländischen Arbeitskräfte, um eine Verfestigung ihres Aufenthaltes zu verhindern. Es war aber dieselbe Wirtschaft, die diese Politik unterlief. Aus Kostengründen, die u.a. mit dem wiederholten Anlernen der neuen Gastarbeiter zusammenhängen, setzte sich die Wirtschaft mit Erfolg für die Verlängerung ihres Aufenthaltes ein. Die Gastarbeiter begannen, ihre Familien zu holen und die Arbeiterwohnheime zu verlassen. Sie ließen sich in den billigen Gegenden nieder und legten den Grundstein für die künftigen Ghettos, die nach dem Anwerbepost 1973 durch die Intensivierung des Familiennachzuges infolge der Einschränkung der Freizügigkeit entstanden. Diesen Trend dokumentiert die Schülerzahl. Von 1965 bis 1975 stieg die Zahl der eingeschulten ausländischen Kinder von 35.100 auf 393.000.

Aus Furcht vor der Gefährdung des sozialen Friedens durch die Ghettos, die allmählich zu einem Herd für soziale Konflikte zu werden drohten, entwickelte der Staat in den 70er Jahren eine **Sicherheitspolitik**, die keine Rücksicht auf die Bedürfnisse der Menschen nahm. Es sei an dieser Stelle an die Zuzugssperre in den Bezirken Kreuzberg, Tiergarten und Wedding erinnert. Am Ende der Dekade tauchte der Gedanke der Integration auf und das in Auftrag gegebene Kühn-Memorandum stellte 1979 fest, dass Deutschland de facto ein Einwanderungsland sei. Die Politik begann, sich über die Integration Gedanken zu machen und unternahm einige Schritte, wie die Schaffung des Amtes der

Ausländerbeauftragten. Diese Bemühungen wurden jedoch 1982 durch den Regierungswechsel abrupt abgebrochen.

Die Kohl-Regierung betrieb eine **Rückkehrpolitik**, die bei der Bevölkerung die Illusion unterhielt, man könne doch die vier Millionen Ausländer zum Verlassen Deutschlands bewegen. Nach dem Fall der Mauer 1989 und der Explosion des Rassismus wurde unter dem Slogan der **Partizipation** eine Politik der **Befriedung** betrieben, die gar keine Politik war und entscheidend zur Desintegration und Entstehung der Parallelgesellschaften beitrug. Nach, aus der Sicht der Migration, 16 verlorenen Jahren verließ Kohl die Macht und hinterließ fast acht Millionen nicht integrierte Ausländer.

Die Schröder-Regierung setzte die Kohlpolitik fort, versprach aber eine realitätsbezogene Migrationspolitik, die durch die Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes 1998 viel versprechend war. Nach vielen Wehen gebar die Schröder-Regierung ein abgemagertes Zuwanderungsgesetz, das Anfang 2005 in Kraft trat. Nach fast fünfzig Jahren haben alle politischen Parteien eingesehen, dass die Ausländer hier ewig bleiben und deutsche Bürger werden. Sie haben aber immer noch keine schlüssige Integrationspolitik entwickelt und die weitere Segmentierung der Gesellschaft scheint unaufhaltsam zu sein.

Die Ausländer, die die Ausgrenzung am Anfang hingenommen haben, weil sie in ihre Heimat zurückkehren wollten, änderten mit der Verlängerung ihrer Aufenthaltsdauer und dem Familiennachzug ihre Haltung. Sie waren nicht mehr bereit, die Diskriminierung und die Benachteiligung hinzunehmen. Sie suchten die Integration und erstrebten immer mehr eine Gleichbehandlung mit den Einheimischen. Ausländische politische, insbesondere linke Organisationen entstanden in den 70er Jahren und verlangten die Aufhebung der Schranken, die im Ausländer- und Arbeitsrecht die Gleichstellung verhinderten. Sie glaubten an das demokratische deutsche System und hielten eine Integration unter den herrschenden Gesetzen für möglich ohne Aufgabe der eigenen Kultur, im Gegensatz zu den Behörden, die die Aufgabe der eigenen Kultur als Voraussetzung für die Integration verlangten. Das Thema der eigenen Kultur, vor allem des Islam, der weitgehend die Kultur der Muslime prägt, das Thema der Religion überhaupt, wurde von diesen Organisationen, die bis Mitte der 80er Jahre die politische Szene dominierten, vermieden. Sie vernachlässigten damit die kulturellen und religiösen Bedürfnisse ihrer Landsleute.

Die Integrationserfolge waren unter diesen Umständen ein Verdienst des Rechtsstaates. Man kann sagen, dass die Politik die Integration verhindert hat, der Rechtsstaat dagegen sie gefördert hat, weil er keinen Ethnonationalismus kennt. Vor den Gerichten haben die Ausländer mit Erfolg ihre Grundrechte bestritten. Gegen die Politik hat ihnen die Justiz u.a. den Aufenthalt verfestigt, die Familienzusammenführung erleichtert, den Religionsunterricht sowie die ungestörte Religionsausübung ermöglicht

## **Multikulti und die Selbstabgrenzung**

In den 80er Jahren betraten die Kinder der Immigranten die politische Bühne. Sie waren hier aufgewachsen bzw. geboren, erfuhren in unterschiedlichem Maße eine deutsche Sozialisation und waren noch weniger bereit als ihre Eltern, die Diskriminierung und die Ausgrenzung zu erdulden. Das erklärt ihre Reaktion in der zweiten Hälfte der 80er Jahre auf den erstarkten Rechtsextremismus. Sie bildeten zum Erstaunen der Politik Jugendbanden, die ihren Abwehrwillen ausdrücken. Die Politik ging davon aus, dass die zweite Generation sich automatisch integrieren wird und hat deswegen nichts getan.

Gravierender als die Gewaltserscheinung war die Zuwendung der zweiten Generation zu den Islamisten, bei denen sie eine kulturelle Identität suchten, die ihnen von der deutschen Gesellschaft vorenthalten wurde. Das war auch ein reaktives Verhalten. Auf die Ausgrenzung der Deutschen antworteten sie mit einer Selbstabgrenzung und suchten eine Ideologie, die ihre Distanz zur deutschen Gesellschaft am deutlichsten unterstreicht. Sie fanden sie bei den Islamisten, die seit ihrer Erscheinung in Europa nie aufgehört haben, die Dekadenz des Westens zu geißeln, egal ob es sich bei ihnen um friedfertige sufiorientierte Bewegungen, wie den „Verband der Islamischen Kulturzentren“ (VIKZ) handelt oder militante Bewegungen wie „Hizbul Tahrir“. Seitdem erleben die islamistischen Organisationen einen ununterbrochenen Zulauf.

Auf diese Weise haben die islamistischen Vereine und Organisationen für immer mehr Muslime die Funktion der Identitätsherstellung und -erhaltung übernommen. Bald wurde die Gründung von Dachverbänden erforderlich. Im Jahre 1986 wurde der Islamrat gegründet. Er ist von Milli Görüs dominiert und wird von der Refah-Partei von Erbakan unterstützt. 1994 wurde der Zentralrat der Muslime gegründet und ist von der Ideologie der Muslimbruderschaft beherrscht.

Auf diese Weise traf die Agitation der Islamisten, die schon seit den 70er Jahren aktiv waren, aber mit wenig Erfolg, auf fruchtbaren Boden. Sie boten den Heimatlosen eine islamische Identität im Schoss der islamischen Gemeinschaft, der Umma, an. Das bedeutete Zugehörigkeit und Geborgenheit. Sie lieferten ihnen ein gesteigertes Selbstwertgefühl: Der Islam ist die wahre Religion und die Muslime bilden die beste Gemeinschaft, im Gegensatz zum dekadenten, verdorbenen und amoralischen Westen.

Mit dem Multikulturalismus, der zur selben Zeit in Deutschland immer mehr den Migrationsdiskurs beherrschte, fand diese neue islamische Identität eine leichte Anerkennung im Gegensatz zu der parallel und nach derselben Logik entwickelten ethnischen Identität.

## **Multiethnisch und Multikulturell**

Die Befürworter der Multiethnizität sind die türkischen Nationalisten mit allen ihrer, Schattierungen von den Linken, wie der TBB bis zu den Rechtsextremen

wie die Grauen Wölfe. Die Integration über den ethnischen Weg ist aber in Europa ausgeschlossen. Der europäische Nationalstaat geht von einer tatsächlichen oder vermeintlichen ethnischen Homogenität aus, die den Begriff des Bürgers prägt. Der Brite, der Belgier, der Franzose oder der Spanier sind politische Nationalbegriffe, die eine ethnische Vielfalt verdecken. Ihre Infragestellung durch ethnische Partikularisten wird auf keinen Fall geduldet. Die Liste der Beispiele ist lang: Iren und Briten, Schotten und Engländer, Flamen und Wallonen, Basken, Katalanen und Spanier, Korsen, Okzitanen und Franzosen. Nirgends wird eine Abspaltung akzeptiert. Manche Konflikte halten seit Jahrzehnten an und werden erfolglos bleiben. Das zeigt, wie töricht die Forderung nach dem multiethnischen Staat ist.

Da aber der türkische Nationalismus genau wie bei den Deutschen ethnisch geprägt ist, erscheint er als ein Eroberungszug, weil er sich außerhalb der türkischen Heimat entfaltet. Deutschland wird wie eine Kolonie gesehen. Die Türken verlangen ihre Anerkennung als ethnische Minderheit, mit einer Quotenbeteiligung an Staat und Gesellschaft. 1994 versuchten sie sogar eine Türkenpartei zu gründen.

Im Gegensatz zum ethnischen Weg ist der religiöse Weg, der den Inhalt des Begriffes Multikulturell füllt, erfolgsträchtig. Der religiöse Pluralismus bildet eine Grundlage der Demokratie und gehört zu den wesentlichen Freiheiten der Bürger. Sich dafür einsetzen heißt, sich für die Demokratie einsetzen. Dieser Weg hat für die Muslime viele Errungenschaften gebracht, die nicht mehr rückgängig zu machen sind. Die Akzeptanz von neuen Mitbürgern islamischen Glaubens ist weit verbreitet. Die Widerstände gegen den islamischen Kult im öffentlichen Raum haben längst an Virulenz verloren. Eine Normalisierung wäre schon realisiert, hätte es die Islamisten nicht gegeben.

Die Islamisten nutzen ihre privilegierte Stellung in der Verwaltung des Religiösen durch ihre Dominanz in den islamischen Organisationen aus, um der Entwicklung einen desintegrativen Verlauf zu verleihen. Ihr Ziel ist nicht die Integration, sondern der Sieg über die Ungläubigen und die Errichtung des islamischen Staates.

## **Multikulturalismus und Kommunitarismus**

Ende der 60er Jahre erlebte der Kapitalismus eine schwere Krise und rief weltweit die 68er auf den Plan, die sein Herrschaftssystem in Frage stellten. In der Ethnologie zeigte Barth, dass die Gleichsetzung von Ethnizität mit Stamm eine Essentialisierung bedeutet und falsch ist. Sie dient der Rechtfertigung der kolonialen Herrschaft. Ethnizität ist nach Barth ein Ergebnis der Grenzziehung im Rahmen der Interaktion mit anderen Ethnien und kann daher nur in polyethnischen Systemen, auch in Europa existieren. Die Ethnien organisieren ihre Beziehungen zueinander auf der Basis der kulturellen Unterschiede und in der

Form der „*Exklusion und Inklusion*“, die eine Dichotomie von wir/ihr, eigen/fremd für die Gruppenidentifikation schafft.

Der Siegeszug des Begriffs Ethnizität seit den 60er Jahren war auf die Entstehung neuer ethnischer Bewegungen und auf den Kampf gegen Rassismus, Kolonialismus und Assimilationismus in der herrschenden weißen Kultur zurückzuführen. Es sei hier nur an den Vietnamkrieg und an den Kampf der Schwarzen unter Martin Luther King erinnert.

In Kanada und Australien fanden ähnliche Debatten statt, um ein friedliches Zusammenleben zwischen den neuen Einwanderern und der von Ausrottung bedrohten Urbevölkerung der Indianer bzw. der Aborigines zu gewährleisten und mündeten in der Adoption einer offiziellen multikulturellen Politik in Kanada 1971 und Australien 1977.

In den 70er Jahren erfolgte eine Restauration des Kapitalismus durch eine forcierte Globalisierung. In den 80er Jahren verbreiteten sich die Ideen von „*Differenz*“ und „*Multikulturalismus*“ infolge der Neustrukturierung des Weltkapitalismus (Migration, Informatik). Der Wandel des Kapitalismus änderte den Charakter des Nationalstaates. Sein Projekt der Homogenität ging langsam verloren zugunsten der Diversität. Der Ansatz von Barth gewann eine neue Bedeutung und diente nun der Rechtfertigung der Unterschiede und nicht mehr ihrem Verständnis. Eine Essentialisierung, die eigentlich Barth bekämpfen wollte, machte sich nun in den 90er Jahren breit, die die Identitäten der Menschen unwiderruflich festlegte. Bei der Zuweisung von unveränderlichen Differenzmerkmalen wurden neue rassistische Tendenzen sichtbar. Die Ethnizität als ein Instrument der Emanzipation zur Kolonialzeit wird nun selbst ein Problem und dient der Abgrenzung und der Repression.

Die Berücksichtigung der ethnischen Zugehörigkeiten zwecks gezielter Förderung, um die gesellschaftliche Integration zu realisieren, wie z.B. mit der „*affirmative action*“ der 60er Jahren in den USA, verwandelte sich in den 90ern in eine Politik der Anerkennung. Von einer Politik, die tendenziell auf die Abschaffung der Unterschiede zielte, in dem sie durch geeignete Förderung benachteiligten ethnischen Gruppen die Voraussetzung für ihre Wahrnehmung der Chancengleichheit in einer liberalen demokratischen Staatsordnung schaffen wollte, entwickelte sich eine Politik der Anerkennung der Differenz, die zur Desintegration oder mindestens zur Erhaltung von desintegrativen Aspekten führte.

Der Multikulturalismus, der die Ideologie dieser Politik bildet, beabsichtigt eine gesellschaftliche Integration mit Beibehaltung der Unterschiede in ihrer ganzen Bandbreite zu realisieren. Nicht die Selbsterhaltung durch Aneignung materieller und geistiger Güter stellt die treibende existenzielle Kraft beim Menschen dar, sondern die Verwirklichung der eigenen kulturellen Identität. Daher wird die gesellschaftliche Auseinandersetzung durch den Kampf um Anerkennung und nicht mehr durch den Kampf um die materiellen Lebensbedingungen charakterisiert. Die Kultur ersetzt die Klasse.

Der Postmodernismus der 70er Jahre hat mit seinem Schlachtruf: „*Droit à la différence*“, die universellen Werte der Aufklärung relativiert und sie zu einer Erscheinung der europäischen Kultur degradiert, die neben vielen anderen Kulturen besteht. Damit ebnete er den Weg für den Einzug des Multikulturalismus im Europa der 80er Jahre.

Der Multikulturalismus ist nach seinem Hauptdenker Charles Taylor eine Politik der Anerkennung aller Kulturen als gleichwertig. Die Verweigerung der Anerkennung kann schädlich sein, auf jeden Fall stellt sie im Rahmen der Rassenbeziehungen und in multikulturellen Gesellschaften eine Form der Unterdrückung dar. Es reicht nicht aus, die individuellen Unterschiede auf der Basis der gemeinsamen Prinzipien eines Gemeinwesens anzuerkennen (d.h. des moralischen Universalismus), weil dies die Nichtanerkennung der Ausnahme von diesen Prinzipien beinhaltet. Eine wahre Anerkennung der Unterschiede bedeutet die Anerkennung des gleichen Wertes verschiedener Existenzweisen und die Aufforderung der Politik die Gleichwertigkeit verschiedener Identitäten anzuerkennen.

Die kulturellen Werte wurzeln in der authentischen Identität des Einzelnen. Die Authentizität definiert Taylor als die Ausstattung jedes Menschen mit einem moralischen Sinn und einem intuitiven Gefühl für das, was richtig und was falsch ist. Diese Authentizität ist das Ergebnis eines Austauschs mit anderen, die uns etwas bedeuten, d.h. „signifikanten anderen“, wie z.B. den Eltern. Auf diese Weise wird die Identität geformt, sie beinhaltet die Antwort auf die Fragen: Wer wir sind und woher wir kommen und bildet den Hintergrund unserer Wünsche und Bestrebungen und verleiht ihnen einen Sinn. Die Identität bildet den Inhalt des moralischen Ideals der Authentizität, deren Selbstverwirklichung durch ein selbstbestimmtes Handeln das gute Leben bedeutet. Sie bildet den Bedeutungshorizont, durch den manche Dinge wertvoll und andere weniger oder wertlos werden, und dies, ehe eine Wahl getroffen wird, insoweit ist der Horizont etwas Gegebenes.

Die eigene Identität hängt von dialogischen Beziehungen zu anderen ab, dies führt zur Herausbildung gruppenspezifischer und gemeinschaftsbezogener Identitäten, an deren Bewahrung die Gruppe ein hohes Interesse zeigt. Auf diese Weise wird die große Bedeutung kollektiver Lebenszusammenhänge für die Identität des Individuums betont, das sich eben nicht nur als Einzelperson, sondern ebenso sehr als Angehöriger einer Religion oder einer ethnischen Minorität versteht und definiert. Damit erweist sich Taylor als Kommunitarist.

Der Kommunitarismus entstand in den frühen achtziger Jahren in den USA als Gegenposition zum Liberalismus. Anstatt auf den autonomen individuellen vernünftigen freien Menschen, der deswegen als egoistisch kritisiert wird, legt der Kommunitarismus den Akzent auf die Gemeinschaftsbezogenheit des

Einzelnen. Der Mensch wird in eine Gemeinschaft hineingeboren und nicht durch Vernunft und freiwillige Zustimmung in ihr aufgenommen.

Nur ein in eine sprachlich, ethnisch, kulturell, religiös oder sonst wie definierte Gemeinschaft eingebetteter Mensch ist in der Lage, über die Grundsätze der Gerechtigkeit zu befinden. In der Gemeinschaft herrschen bestimmte, gemeinsam geteilte Wert- und Moralvorstellungen sowie Traditionen vor. Nur auf der Basis dieser gemeinsamen Wertvorstellungen, vor allem auf der Grundlage einer gemeinschaftlichen Konzeption des Guten, könne sinnvoll über die Grundsätze der Gerechtigkeit verhandelt werden.

## **Die Parallelgesellschaft**

Mit der Verbreitung des Multikulturalismus fand die islamische Identität immer mehr Akzeptanz, das Praktizieren de facto einer Multikulti-Politik verdankt sich aber an erster Stelle nicht diesem ideologischen Umschwung, sondern der deutschen Einheit, die enorme finanzielle Kosten verursachte. Gespart wurde wie immer in der Bildung und dem Sozialen. Betroffen davon waren an erster Stelle die Ausländerprojekte.

Die Politik war froh darüber, dass Aufgaben im Bildungs- und sozialen Bereich von Moschee-Vereinen kostenlos übernommen wurden (Stichwort: Kinder und Jugendliche weg von der Strasse) und fand gleich im multikulturalistischen Geist die passende Etikette: **Partizipation**. Man wollte die Ausländer, die früher ethnisiert wurde: der Ausländer ist der Türke, und später islamisiert wurden: der Türke ist der Muslim, nicht mehr ausgrenzen, sondern partizipieren lassen. Durch die Partizipation wird automatisch ein Integrationsprozeß in Gang gesetzt, wurde versichert. Nach anderthalb Dekaden wissen wir, dass dies nicht nur ausgeblieben ist, sondern entscheidend zur Entstehung von Parallelgesellschaften beitrug. Die Politik der Partizipation war eine Politik der Desintegration.

Eine **Parallelgesellschaft** ist ein soziales Milieu, das sich abschottet und eigenen Normen folgt und dafür eine Infrastruktur entwickelt, die seine Kontakte zur Mehrheitsgesellschaft auf ein Minimum reduziert. Ein gutes Beispiel dafür liefern die Araber in Berlin. Anfang der 90er Jahre lehrten zwei säkulare Projekte, die bald wegen Mangel an Finanzierung um 1994 untergingen, circa 800 Kindern ihre arabische Muttersprache. Am Ende der Dekade beherrschten fünf große islamistische Zentren die ganze Gemeinde: die Wahabiten, die Muslimbrüder, die Ahabasch, Hizbullah und Hamas. Sie unterrichten über 5.000 Kinder. Parallel dazu und neben den üblichen Religionskursen bieten sie Deutsch- und Computerkurse und Hausaufgabenhilfe an und betreiben Frauen- und Jugendarbeit sowie Sport und Freizeitgestaltung. Nicht zu vergessen ist die Beratung jeder Art, die wie alle anderen Aktivitäten auf der Basis des islamischen Rechtes stattfindet.

Nach dem die säkularen Projekte untergegangen sind und nachdem die Moscheevereine weite Teile der Bildung, Erziehung und Sozialarbeit an sich gerissen haben, wenden sie sich nun an den Staat, um mit Steuergeldern ihre Aktivitäten zu finanzieren. Damit erweist sich die Politik der Partizipation als eine Gefährdung unserer Sozialordnung.

## **Die islamische Identität**

Die islamische Identität wird unter den Muslimen von den Islamisten als Alternative zur ethnischen Identität propagiert und beinhaltet eine Lebensweise, deren Anerkennung verlangt wird. Im Namen des Multikulturalismus wird eine kulturelle Selbstbestimmung in unserer westlichen Rechtsgemeinschaft gefordert, die die Frage nach ihrer Vereinbarkeit mit dem Rechtsstaat aufwirft. Um die Relevanz dieser Identität für die Integration bzw. die Desintegration zu beurteilen, ist eine nähere Betrachtung ihrer Inhalte erforderlich.

Nach dem Verständnis der Muslime ist der Islam das offenbarte Gesetz Gottes, die Scharia, und reglementiert ihre Existenz. Die Scharia wurde in der Offenbarung des Korans vermittelt, vom Propheten Mohammad (Sunna) erklärt, durch den Konsens und Fiqhtätigkeit (*qiyâs* und *ijtihâd*) der Gelehrten ergänzt und erreichte ihre vollständige Form im 11. Jh. und gilt seitdem für alle Zeiten und Orte. Sie ist universell und absolut. Die Scharia erfasst die gesamte Religion. Die Scharia wird aber im engeren Sinn mit dem islamischen Recht gleichgesetzt. Das islamische Recht ist die juristische Interpretation der Offenbarung, die juristische Form der Religion, und umfasst, was wir öffentliches, Straf- und Zivilrecht nennen und deckt damit beide Bereiche sowohl des Staates als auch der Gesellschaft ab. Scharia und Religion stehen zueinander wie Recht und Moral.

Die Muslime, die die Anerkennung ihrer muslimischen Identität verlangen, orientieren sich an dem religiös-rechtlichen Islambild des 11. Jh.s in der Überzeugung, sie würden sich nach der Idealgesellschaft des Propheten in Medina des 7. Jh.s richten. Das Missverständnis ist auf die ahistorische Betrachtung der islamischen klassischen Scharia des 11. Jh.s zurückzuführen, die Scharia wird, weil sie universell und allgemein gültig ist, als identisch mit der Zeit des Propheten angenommen. Diese fundamentalistische Betrachtungsweise negiert die islamische Geschichte mit ihrem Reichtum und ihrer Vielfalt und schließt alle anderen islamischen Identitäten zugunsten der islamistischen aus.

### ***Von einer Religion zu einem Herrschaftssystem***

Beim Lesen des Korans fallen viele Ungereimtheiten auf, wie z.B. im Fall der Christen, die Mal als Gläubige, mal als Ungläubige bezeichnet werden. Das ist

auf die Historizität der Offenbarung zurückzuführen. Im Laufe der fast dreiundzwanzigjährigen Offenbarungszeit von 610 bis 632 entwickelte sich der Islam von einer Religion in Mekka (610-622) zu einem Schariasystem in Medina (622-632), das man als Herrschaftssystem kennzeichnen kann und dessen Bestandteile die Gesandtschaft Mohammads, der Heilige Krieg (*Djihad*), und die Gemeinschaft der Muslime (*Umma*) bilden.

In Mekka wurden die Menschen aufgerufen, sich Gott zu unterwerfen. In Medina werden sie in 36 Versen aufgefordert, Gott und seinem Gesandten Muhammad zu gehorchen. Die Herrschaft Mohammads ist der Herrschaft Gottes gleich (4:59). In einem einzigen Vers (4:49) wird hinzugefügt, dass die Muslime auch denjenigen unter ihnen gehorchen sollen, die zu befehlen haben. Daraus wurde die Legitimität des Kalifats und aller anderen despotischen Herrschaften abgeleitet.

In Mekka war den Muslimen verboten, Gewalt anzuwenden<sup>1</sup>, einmal in Medina angekommen, wird den flüchtigen Muslimen die Gewaltanwendung erlaubt (2:193, 22:39-41). Bald werden sie auf den Heiligen Krieg eingeschworen (2:190, 195). Der Djihad hat zuerst einen Abwehrcharakter, am Ende ist er offensiv, der berühmte „Schwertvers“ besagt: *„Und wenn nun die heiligen Monate abgelaufen sind, dann tötet die Heiden, wo (immer) ihr sie findet, greift sie, umzingelt sie und lauert ihnen überall auf! Wenn sie sich aber bekehren, das Gebet verrichten und die Almosensteuer geben, dann laßt sie ihres Weges ziehen! Gott ist barmherzig und bereit zu vergeben.“* (Sure 9:5). Der Djihad wird schließlich zur Pflicht: *„Euch ist vorgeschrieben, (gegen die Ungläubigen) zu kämpfen, obwohl es euch zuwider ist.“* (2:216)

In Mekka begann der Islam als Bestätigung der früheren Offenbarungen<sup>2</sup>. Die Orientalisten unterscheiden in der mekkanischen Periode drei Etappen, in der dritten und letzten mekkanischen Etappe sehen sie den Beginn der Verselbständigung des Islams als Religion. So bilden Juden, Christen und Muslime immer noch eine einzige Gemeinschaft, Umma, (33:52) eine Distanzierung zeichnet sich jedoch ab<sup>3</sup>, die in Medina zur Ablösung der Muslime von der Gemeinschaft der Monotheisten führt. Sie erklären sich zuerst als Gemeinschaft der Mitte<sup>4</sup>. Dann vereinnahmten sie den gemeinsame Vater aller Monotheisten: *„Abraham war weder Jude noch Christ. Vielmehr war er ein Hanif, ein Muslim, und kein Heide.“* (3:67). Die Muslime sind auf dem richtigen Weg, weil sie Abraham folgen (4:125), die Christen dagegen übertreiben, wenn sie an Christus als Sohn Gottes glauben (4:171). Sie sollen an den Islam glauben, das gilt auch für die Juden (2:40-43), die ihre heiligen Bücher verfälscht haben (2:79). Aus diesen Gründen steht in Vers 3:19: *„Als (einzig wahre) Religion gilt bei Allah der Islam.“* Juden und Christen weigern sich aus böser Absicht Muhammad zu folgen, der Koran fragt: *„Ihr Leute der Schrift! Warum verdunkelt ihr die Wahrheit mit Lug und Trug, und verheimlicht sie, wo ihr doch (um sie) wißt?“* (Sure 3, 71). Deshalb kommen sie nicht ins Paradies

(3:85) und werden von Gott verflucht (2:89), in die Hölle verdammt (98:6) und sogar bekämpft: „Allah bekämpft sie! Wie können sie nur so verstandlos sein!“ (9:30)

Als Inhaber der besten Religion sind die Muslime die besseren Menschen, 3:110: „Ihr (Gläubigen) seid die beste Gemeinschaft, die unter den Menschen entstanden ist. ... Wenn die Leute der Schrift (ebenfalls) glauben würden, wäre es besser für sie. ...“<sup>5</sup> Als Überlegene kann die Beziehung der Muslime zu den anderen nicht auf der Basis der Gleichberechtigung sein, sondern der Herrschaft. Vers 9:29 regelt die unterlegene Position der Leute der Schrift: „Kämpft gegen diejenigen,... die die Schrift erhalten haben - (kämpft gegen sie), bis sie kleinlaut aus der Hand (?) Tribut entrichten!“<sup>6</sup>. Dieser Vers begründet das System der Schutzbefohlenen, *Dhimmi*, die als Bürger zweiter Klasse im islamischen Staat leben dürfen. Sie sind besser gestellt als die Heiden, die wie im Schwertvers gesehen, vor die Wahl zwischen Konversion oder Tod gestellt werden.

Die Herrschaft des Gesandten (*Rasûl*), später des Kalifen, über die Muslime, die Herrschaft der Muslime über die Nichtmuslime und ihre Unterwerfung der ganzen Welt durch den Heiligen Krieg bilden die Grundlagen des islamischen Staates. Die Verwirrung wegen der widersprüchlichen Aussagen im Koran lösten die Gelehrten durch die Entwicklung einer koranischen Wissenschaft der Abrogation (Tilgung). Nach ihr ist die letzte Fassung der Offenbarung verbindlich, der letzte Vers tilgt die früheren Verse und setzt ihre Verbindlichkeit außer Kraft. So hat der oben zitierte Schwertvers die Gültigkeit von 124 früheren Versen getilgt, die bedeutend toleranter waren<sup>7</sup>.

## Die Moderne und die muslimischen Reaktionen

In der Moderne hat der Islam als Herrschaftssystem auf der ganzen Linie verloren. Von den 200 Millionen Muslimen um das Jahr 1900 lebten 175 Mio. unter direkter europäischer kolonialer Herrschaft. Die Reaktionen auf diese Niederlage teilen sich in drei Gruppen auf: Die **Modernisten**, die sich an die Moderne anpassen, die **Traditionalisten**, die die Moderne dulden, und die **Islamisten**, die die Moderne ablehnen und die islamische Herrschaft bzw. den islamischen Staat wiederherstellen wollen.

Die **Modernisten** sind die Nationalisten, die die Errichtung eines Nationalstaates anstreben. Zu den Modernisten zählen die Islamreformer der Nahda (Renaissance), die den Einstieg in die Moderne durch die Reform der Religion beabsichtigen. Sie haben nicht nur die Irrwege des traditionellen Islams bekämpft, sondern die Grundlagen der klassischen Methode des 11. Jh.s in Frage gestellt, indem sie für eine Rückkehr zur Quelle, d.h. zum Koran, plädierten. Wenn die Offenbarung und die Vernunft kollidieren, dann muss die Offenbarung neu ausgelegt werden, verlangte al-Afghani. Ihre Bemühungen mündeten in den Nationalstaat mit seiner Trennung von Staat und Religion.

In Deutschland sind die Modernisten säkular orientiert, ein kleiner Teil hat keine Schwierigkeit sich zu integrieren und mit dem deutschen Gemeinwesen zu identifizieren. Der größere Teil aber ist ethnonationalistisch orientiert und will den multiethnischen Staat.

Die **Traditionalisten** bilden die zweite, aber auch die größte Gruppe. Das ist die Masse der muslimischen Bevölkerung, die sich mit der säkularen staatlichen Sphäre abgefunden hat, so lange der Staat in ihre religiös geordnete Zivilsphäre nicht interveniert. Mit Ausnahme der Türkei, die 1926 das Zivilrecht säkularisierte, haben in der Tat die meisten islamischen Länder in der Kolonial- und Nachkolonialzeit säkulare politische Systeme errichtet, die den Bereich des Zivilrechts der Scharia überließen. Diese Traditionalisten würden wahrscheinlich einen islamischen Staat begrüßen und werden deswegen stark von den Islamisten umworben. Die Reislamisierung oder islamische Erweckung bedeuten die Politisierung der traditionellen Muslime und ihren Einsatz für einen islamischen Staat.

Dagegen wirkt der Nationalstaat und versucht die Traditionalisten unter seiner Kontrolle zu halten. Das erklärt die Gründung 1984 von DITIB (*Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e.V.*) in Deutschland, um den Einfluss der Islamisten einzudämmen. DITIB ist die größte muslimische Organisation und verfügt über die meisten Moscheen.

Die dritte Gruppe besteht aus den **Islamisten** und ist in drei Variationen verbreitet. Die erste ist die **Sufi-Variante**. Sie grenzt sich von der profanen Welt ab, stärkt die religiöse Zugehörigkeit durch die Wiederbelebung der Scharia und die religiöse Erziehung. Ihr fernes Ziel ist der islamische Staat, der von selbst zustande kommen wird, wenn die Gesellschaft vorbereitet ist. Deshalb sind die Sufis politisch nicht tätig, sondern entfalten eine rege Missionsarbeit. Zu ihnen gehören die indischen Barelvis, die pakistanischen Tablighis, und in Deutschland hauptsächlich die türkischen Suleimancis (*Verband der Islamischen Kulturzentren e.V. 1973, 1980 VIKZ*) und Nurculuk (Said Nursi).

Die zweite Variante ist die der **Salafiten**, vertreten durch den Wahabismus in Arabien und die Deobandis im indischen Subkontinent. Sie verfolgen aktiv die Errichtung eines islamischen Staates nach dem Vorbild der frommen Vorgänger, *al-salaf al-sâleh*, daher der Name Salafiten. Sie befolgen die klassische Methode des 11. Jh.s in ihrer konservativsten Form, nämlich von Ibn Hanbal, die ein literalistisches Verständnis der Quellen vorschreibt und ein blindes, kritikloses Festhalten an der Sunna (Überlieferung des Propheten) verlangt. Die Welt ist in das Gebiet des Islams und das Gebiet des Krieges, d.h. Unglaubens, geteilt und die Auseinandersetzung soll bis zum endgültigen Sieg des Islams fort dauern. Zu dieser Variante gehören auch die pakistanische Jama'at islamiya von Mawdudi und die in Palästina entstandene Hizb al- tahrîr. Diese Organisation wurde 2002

in Deutschland verboten, nicht wegen ihrer Gewaltbereitschaft, sondern wegen ihres Antisemitismus.

Die dritte islamistische Variante ist des **Salafireformismus**, vertreten durch die Bewegung der Muslimbruderschaft mit ihren unzähligen Organisationen und der türkischen Milli Görüs. Ihr Ziel ist die Errichtung des islamischen Staates. Sie berufen sich wie die Salafis auf die klassische Methode des 11. Jh.s, aber anders als sie befolgen sie eher ihre liberale Form. In der Fiqhsprache bedeutet das: Alles, was nicht ausdrücklich verboten ist, ist erlaubt. Zum Vergleich: Bei den Salafiten heißt es eher: Alles, was nicht ausdrücklich erlaubt ist, ist verboten. Die Salafis haben daher eine restriktive Haltung gegenüber der Moderne und bekämpfen die Erneuerungen, soweit es geht. Die Salafireformer versuchen, ausgehend von den Prinzipien der klassischen Methode, die Erneuerungen der Moderne in ihrem System aufzunehmen. Die Salafis z.B. lehnen jede Form der Demokratie ab. Die Salafireformer haben keine Schwierigkeiten auf der Basis der Scharia die Demokratie als System zu übernehmen. Es reicht, wenn man das Grundgesetz mit der Scharia austauscht, dann haben wir den islamischen Staat. Trotz ihrer Divergenzen sind die Salafis und die Salafireformer, wie die moderne Geschichte zeigt, eng verbunden, obwohl sie manchmal wie verfeindete Brüder auftreten. Die Feindschaft zwischen Salafis und Sufis ist dagegen tief greifender. Das hindert die Salafireformer aber nicht daran, die Sufis zu umwerben.

Die Islamisten sind in Deutschland in ihren drei Variationen stark vertreten und beeinflussen fast ein Drittel der Muslime. Sie sind auch sehr umstritten. Manche bekämpfen sie als verfassungsfeindlich, die Multikulturalisten dagegen hofften, dass ihre Politik der Partizipation und der Anerkennung der islamischen Identität den Rahmen für die Entwicklung eines Euro-Islam schaffen wird, d.h. der Integration in einer multikulturellen Gesellschaft.

## **Der Euro-Islam**

Den Begriff Euro-Islam hat Bassam Tibi 1992 in den Migrationsdiskurs eingeführt, er wird von ihm folgenderweise erklärt: *„Der Euro-Islam dreht sich um fünf Bereiche: Akzeptanz der Demokratie; Akzeptanz der Trennung zwischen Religion und Politik, also Laizität; Akzeptanz der individuellen Menschenrechte – denn im Islam gibt es kollektive Menschenrechte –, und dazu gehört auch Glaubensfreiheit; Toleranz im modernen und nicht im islamischen Sinne; und Anerkennung des Pluralismus der zivilen Gesellschaft, denn wir Muslime glauben, dass unsere Religion die einzige vollständige göttliche Offenbarung ist. Deshalb betrachten wir uns als den anderen überlegen. Das darf man persönlich religiös vertreten, wenn man will, aber in der Gesellschaft, in der Politik darf es das nicht geben. Dort müssen alle Religionen gleichwertig sein, und das ist die Grundlage des religiösen Pluralismus.“*<sup>8</sup>

Der Begriff wurde von den Islamisten übernommen, vor allem von den Muslimbruderschaftsideologen und mit anderen Inhalten gefüllt. Die Hauptfigur der Muslimbruderschaftsideologie in Europa und weltweit ist Scheich Yusuf al-Qaradawi, der u.a. Vorsitzender des europäischen Fiqhrates ist. Eine zweite Figur dieser Ideologie ist Tariq Ramadan, der mit viel sprachlicher Akrobatik versucht, den Eindruck zu erwecken, er wäre anders als Qaradawi, weil er ein Europäer ist. An seinem Beispiel werde ich kurz skizzieren, wie sich die Salafireformer ihre Öffnung gegenüber dem Westen vorstellen, im Gegensatz zu den anderen Islamisten, die ihren Hass und ihre Verachtung des Westens kaum verdecken und sich abschotten.

Tariq Ramadan geht von der klassischen Aufteilung der Welt in das Gebiet des Islam und das Gebiet des Krieges aus, wobei er das letzte in Gebiet der Bezeugung, d.h. der Mission, umbenennt. Der Westen hat sich wegen seiner Säkularisierung und Rationalisierung vom Glauben entfernt und erlebt einen Werteverlust und eine Identitätskrise. Dagegen stehen die Muslime fest in ihrem Glauben verankert und sind mit sich, Gott und der Welt harmonisch gestimmt und brauchen keine Aufklärung oder Modernisierung. Im schlimmsten Fall müssen sie an den in ihrer Natur verwurzelten Glauben erinnert werden, was gleich die Entdeckung ihrer Identität bedeutet. Das geschieht, wenn sie zur Welt der islamischen Referenzen zurückkehren, die in der klassischen Methode des 11. Jh.s verkörpert ist.

Diese Methode, verkörpert im islamischen Recht, der Scharia, ist universell, weil sie die Anpassung an jede Zeit und jeden Ort ohne Identitätsverlust garantiert. Sie lautet: Alles, was nicht gegen ein klares islamisches Rechtsprinzip verstößt, ist islamisch. Die Mondlandung wie die Gentechnik, die Atombombe wie Penicillin sind in der Welt der islamischen Referenzen integrierbar. Darin besteht ihre Öffnung zum Westen, sie weichen von der Scharia nicht ab, und versuchen nicht, sie an die Werte des Westens anzupassen, sondern wollen Elemente der westlichen Kultur stückweise absorbieren. Die Integration bedeutet dann nicht, die Integration der Muslime in den Westen, sondern die Integration des Westens in die Weltanschauung der Muslime, d.h. in das Schariasystem. Das kommt einer Islamisierung des Westens gleich. Die Menschenrechte, die die Grundlage der westlichen Kultur bilden, werden nur im Rahmen der Scharia akzeptiert. Die Steinigung der Frau z.B. kann Ramadan nicht ablehnen, weil dies ein klares Prinzip in der Sunna ist, deshalb schlägt er ein Moratorium vor. Er befürwortet das Kopftuch und die Geschlechtertrennung, setzt sich für eine islamische Wirtschaft ohne Zinsen ein, was de facto eine Förderung einer islamischen Parallelgesellschaft darstellt. Tariq Ramadan verkauft die Botschaft der Muslimbrüder in einer europäischen Verpackung.

## **Schlusswort**

Angesicht der Fehlentwicklungen infolge der Politik der Identitäten stellt sich die Frage, ob die kulturelle Identität im Konflikt mit der Demokratie steht. Nicht unbedingt. Die Multikulturalität ist ein Faktum, das bedrohlich wird, wenn es zur politischen Ideologie des Multikulturalismus sich entwickelt. Unter der gemeinsamen nationalen Bezeichnung verbergen sich viele Ethnien, auch viele Religionen. Der religiöse Kulturkampf in Europa hat viel Leid und Millionen Opfer gekostet, bevor die Notwendigkeit der Trennung von Staat und Politik und die Ersetzung des Gottesrechts durch das Menschenrecht akzeptiert wurden. Deutsch sein und eine evangelische, katholische, jüdische, buddhistische oder orthodoxe Identität zu haben ist kein Widerspruch. Das gilt auch für die Muslime, sie müssen sich zwischen Recht und Moral, Scharia und Religion entscheiden. Wie ein deutscher Konvertit mal sagte, die Muslime müssen sich zwischen Mekka und Medina entscheiden. Niemand verlangt, dass sie ihre islamische Identität verleugnen.

---

<sup>1</sup> Sure 16:125 steht: *„Ruf (die Menschen) mit Weisheit und einer guten Ermahnung auf den Weg deines Herrn und streite mit ihnen auf eine möglichst gute Art. Dein Herr weiß sehr wohl, wer von seinem Weg abirrt, und wer rechtgeleitet ist.“*

<sup>2</sup> (Sure 6:92) *„Und dies (d.h. die koranische Offenbarung) ist eine von uns hinabgesandte, gesegnete Schrift, die bestätigt, was (an Offenbarung) vor ihr da war.“*

<sup>3</sup> Sure 29:46 *„Und streitet mit den Leuten der Schrift nie anders als auf eine möglichst gute Art - mit Ausnahme derer von ihnen, die Frevler sind! Und sagt: 'Wir glauben an das, was (als Offenbarung) zu uns, und was zu euch herabgesandt worden ist. Unser und euer Gott ist einer. Ihm sind wir ergeben.“*

<sup>4</sup> Sure 2:143 *„Und so haben wir euch (Muslime) zu einer in der Mitte stehenden Gemeinschaft gemacht, damit ihr Zeugen über die (anderen) Menschen seiet und der Gesandte über euch Zeuge sei.“*

<sup>5</sup> Sure 3:110: *„Ihr (Gläubigen) seid die beste Gemeinschaft, die unter den Menschen entstanden ist. Ihr gebietet, was recht ist, verbietet, was verwerflich ist, und glaubt an Allah. Wenn die Leute der Schrift (ebenfalls) glauben würden, wäre es besser für sie. Es gibt (zwar) Gläubige unter ihnen. Aber die meisten von ihnen sind Frevler.“*

<sup>6</sup> Sure 9:29 *„Kämpft gegen diejenigen, die nicht an Gott und den jüngsten Tag glauben und nicht verbieten, was Gott und sein Gesandter verboten haben, und nicht der wahren Religion angehören - von denen, die die Schrift erhalten haben - (kämpft gegen sie), bis sie kleinlaut aus der Hand (?) Tribut entrichten!“*

<sup>7</sup> Caspar, Robert, *Traité de théologie musulmane, Histoire de la pensée religieuse musulmane* 1996, Tome I S. 44

<sup>8</sup> Interview mit Bassam Tibi in Tachles, 09. Januar 2004, 4. Jahrgang, Ausgabe 2